

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

23.4.1913 (No. 110)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

N^o 110

Mittwoch, den 23. April 1913

156. Jahrgang

Expedition:
Karl-Friedrich-Str. 14 (Fernsprech-
anschluß Nr. 951, 952, 953, 954), wofür auch
Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P.
Einrückungsgebühr: die 6mal gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

**Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“,
Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden“,
für die Monate**

Mai und Juni

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 19. April 1913 gnädigst bewogen gefunden, dem Ersten Leibarzt Seiner Majestät des Königs von Schweden, Dr. Hensburg, das Kommandeurkreuz erster Klasse und dem Sekretär Seiner Majestät des Königs, Ersten Sekretär im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Wollmar Boström das Kommandeurkreuz zweiter Klasse des Ordens vom Rötterlöwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 17. April 1913 gnädigst geruht, den Regierungsassessor Dr. Ludwig Imhoff aus Mannheim unter Verleihung des Titels Amtmann dem Bezirksamt Rastatt als Beamten beizugeben.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit Allerhöchster Staatsministerialentscheidung vom 22. November 1912 aus der Zahl der vom Erzbischöflichen Ordinariate vorgeschlagenen drei Bewerber den bisherigen Pfarrer Wilhelm Herfert in Brenden auf die Pfarrei Hohenhausen, Dekanats Stockach, gnädigst zu ernennen geruht.

Der Ernannte ist am 6. April 1913 kirchlich eingesetzt worden.

Vom Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen ist unter dem 2. April 1913 Gerichtsassessor Friedrich Seix aus Heidelberg als Rechtsanwalt beim Landgericht Freiburg mit dem Wohnsitz in Freiburg zugelassen worden.

Vom Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen wurde Rechtsanwalt Erwin Bonné in Baden, der auf seine Zulassung beim Amtsgericht Baden und beim Landgericht Karlsruhe verzichtet hat, in der Liste der Rechtsanwälte gelistet.

Das Ministerium des Innern hat unter dem 15. April 1913 den Registrator Martin Frank in Vorberg zum Bezirksamt Rauberbischofsheim versetzt, den Amtsakuar Karl Rheinhardt in Billingen zum Registrator in Vorberg ernannt, den Amtsakuar Haber Veit in Wonnorf zum Bezirksamt Billingen und den Amtsakuar Otto Vinkert in Adelsheim zum Bezirksamt Wonnorf versetzt.

Die Anielinger Fohlenmarktlotterie betr.

Dem Gemeinderat Anielingen wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Auspielung, bei der 18 Fohlen im Gesamtwert von 5000 M. und 82 andere Sachgewinne im Gesamtwert von 1000 M. ausgespielt und 10 000 Lose, das Stück zu 1 M., ausgegeben werden, erteilt.

Karlsruhe, den 15. April 1913.

Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Stöckner.

Jung.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 22. April.

Reichstag.

* Berlin, 21. April.

Präsident Kämpf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 19 Min. Die zweite Beratung des Etats für die Verwaltung des Reichsheeres wird fortgesetzt. Beim Kapitel Kasernenverwaltung und Spezialwesen bringen eine Reihe von Rednern verschiedene Spezialwünsche vor. U. a. fordert der Zentrum Abgeordnete Paul-Godem Verwendung deutschen Schießers bei Kasernenbauten.

Die Abg. Rupp-Baden (Kons.), Schmidt-Meißner (Soz.) und Kofmann (Ztr.) bitten um reichere Entschädigungen bei Einquartierungen, möglichst Abführung der Verkehrsbehin-

derung bei Mannövern und schnellere Abschätzung der durch Manöver verursachten Sturzschäden.

Generalleutnant Staats sagt möglichste Berücksichtigung zu. Beim Kapitel Militärbaugesetz erklärt auf Anregung des Abg. Weinhausen (Fortchr. Vpt.) Generalleutnant Staats: Der Reichstag habe selbst in der Kommission die etatmäßige Anstellung der Militärbauarbeiter und Voten abgelehnt.

Beim Kapitel Militärmedizinwesen führt Abg. Hoch (Soz.) aus: Bei der Typhusepidemie im Hanauer Eisenbahnregiment hätten die Ärzte ihre Pflicht insofern nicht erfüllt, als nicht nachgeprüft worden ist, welche Speisen geeignet seien, in der Kaserne hergestellt zu werden. In diesem Falle sei polnischer Salat hergestellt worden, der über Nacht stehen blieb. Darauf sei die Epidemie zurückzuführen. Redner fordert eine Entschädigung für die Eltern der verstorbenen Soldaten.

Generaloberarzt Dr. Schulz: Die Vorgänge in Hanau haben leider viel Trauer verbreitet und sind durch eine verhängnisvolle Verkettung von Umständen herbeigeführt worden, wie sie auch im Privatleben vorkommen. Wir haben alles genau geprüft. Es hat sich ergeben, und zwar einwandfrei, daß die Erkrankungen auf den Genuß eines Kartoffelsalates zurückzuführen sind, und dieser war infiziert durch eine Frau, die beim Schälen beschäftigt war. Die Frau war seit Jahren mit Typhus befallen, und es ist festzustellen, daß sie die Typhusbazillen mit sich trug. Es ist jedenfalls eingehend geprüft und festgestellt worden, daß eine Unsauberkeit in der Küche nicht in Betracht kommt. Ich kann hinzufügen, daß durch das längere Stehen der Kartoffeln die Übertragung nicht erfolgt sein kann. Es ist gesagt worden, daß schon einige Monate vorher das Essen schlecht gewesen sei, und daß die Mannschaften sich beschwert hätten. Bei der Vernehmung sind solche Klagen nicht zutage getreten. Das Essen ist ja auch an vielen Stellen vorher geprüft worden. Es ist auch nicht erwiesen, daß der Vordich, in dem die Sachen angefertigt wurden, zu gesundheitsschädlichen Sachen benutzt worden ist. Es ist bemängelt worden, daß man die Krankheit zu spät erkannt habe, und daß die Angelegenheit so spät aufgefunden worden sind. Das liegt daran, daß sie nicht da waren. Das kommt bei Typhuserkrankungen häufig vor. Erst nach der zweiten Woche sind sichere Anzeichen vorhanden. Ehe sich ein Arzt entschließt, die Diagnose auf Typhus zu stellen, muß er sichere Anzeichen haben. Mit allem Nachdruck muß ich Einspruch dagegen erheben, daß gesagt wird, der Militärarzt sehe in den Kranken Simulanten. Ein solcher Vorwurf kann gar nicht aufrechterhalten werden, da der Gesundheitszustand in der Armee bedeutend besser geworden ist. Das könne nicht sein, wenn man so verfahren würde. Die Simulantenmacheri wird auf das allerhöchste verhorrt. Aber die gegenwärtigen Mitteilungen zwischen Zivil- und Militärbehörden bestehen gesetzliche Vorschriften. Wären diese nicht befolgt worden, so wären sicherlich Weiterungen entstanden, von denen wir auch Kenntnis bekommen hätten. Ich kann wiederholen, daß alle eingehenden Gesuche um Untersuchungen wohlwollend geprüft werden, ohne daß erst eine Aufforderung dazu nötig wäre. Es ist ganz selbstverständlich, daß ein solcher Anlaß benutzt wird, um die Verordnungen nachzuprüfen, und daß alles getan wird, um die Sicherheit zu erhöhen. Ich möchte aber noch ausdrücklich den Schwestern danken, die sich in Hanau in bereitwilligster und hingebender Weise der Kranken angenommen haben. Wir danken überhaupt dem Pflege- und Arztpersonal für ihre aufopfernde Tätigkeit, um weitere Erkrankungen und Todesfälle zu verhüten.

Nach einer Bemerkung des Abg. Hoch (Soz.) bemerkt Kriegsminister von Heeringen: Es ist ganz selbstverständliche Pflicht, daß wir für die Gesundheit der Soldaten sorgen. Wir gehen natürlich allen Dingen nach. Es muß aber doch auf bestimmte Punkte in Abrede gestellt werden, daß eine Schuld vorliegt. Ehe Herr Hoch überhaupt gesprochen hat, haben wir die Sache genau geprüft. Mit allgemeinen Klagen darüber kommt man nicht weiter. Wenn Herr Hoch aber weiteres Material hat, dann soll er es uns geben. Viel ist bei diesem Fall für die Zukunft nicht herausgekommen. Daß die Frau die Bazillenträgerin ist, dafür kann niemand etwas. Eine Unsauberkeit hat nicht vorgelegen. Herr Hoch hat erklärt, die Preise in Hanau seien zu niedrig. Das werden wir nachprüfen. Aber daran sind die jetzigen Erkrankungen nicht schuld, denn immerhin ist ein Kartoffelsalat, wenn er nicht vergiftet ist, ein sehr schönes Essen. (Große Heiterkeit.) Selbstverständlich kann jeder Militärarzt in der Diagnose vorgehen, wie auch jeder Zivilarzt. Aber in allgemeinen kann man zufrieden sein mit unseren Militärärzten. Der Gesundheitszustand in der Armee bessert sich von Jahr zu Jahr und der Krankheitszustand ist zurückgegangen. Was die Gesundheitsverhältnisse anlangt, so darf die deutsche Armee im Vergleich zu anderen Armeen stolz sein.

Darauf wird das Kapitel bewilligt. Bei dem folgenden Kapitel: Pferdebeschaffung ist von der Kommission die Ablehnung von 585 251 M. beantragt.

Kriegsminister v. Heeringen bittet, die Vorlage wiederherzustellen. Die Vorschläge der Regierung entsprechen durchaus den früheren Vereinbarungen mit dem Reichstag; jetzt sollen die Offiziere eine Einkommensminderung erfahren, und zwar an der empfindlichsten Stelle. Wer mit der Pferdehaltung Vorkenntnis hat, der weiß, wie die Kosten in den letzten Jahren sich gesteigert haben. Dabei werden an den Offizieren immer größere Anforderungen hinsichtlich der Reifähigkeit gestellt. Die Kosten sind schon so hoch, daß manche Offiziere finanziell überhaupt daran zugrunde gehen. (Hört, hört!) Wenn die neue Regelung Platz greift, dann ist fraglich, ob überhaupt noch ein anderer, als ein Vermögender Generalstabler werden kann. (Hört, hört!) Das ist doch von Ihnen nicht beabsichtigt. Es wird immer auf die kommandierenden Generale hingewiesen, aber deren Einkommen richtet sich nach dem, was von ihnen verlangt wird. Ich bitte dringend, daß bis

zur dritten Lesung irgendein Weg gefunden wird, der einen Ausgleich schafft. Es wäre unbillig, wenn man den Herrren jetzt einfach das Geld wegnehmen wollte.

Abg. Gans zu Putlitz (Kons.) erklärt sich gegen die Fassung der Budgetkommission.

Abg. Koste (Soz.) lehnt die Wiederherstellung der Regierungsvorlage ab und bittet den Beschluß der Kommission aufrechtzuerhalten.

Bei Kapitel Reise- und Umzugsgebühren usw. führt Abg. Koste (Soz.) aus, die Reisekosten für die Offiziere seien vielfach übertrieben hoch. Die sogenannten Pionierarbeiten auf der Saalburg hätten keinen Wert und seien lediglich Liebhabereien des Kaisers. Ferner kritisiert der Redner die Heranziehung eines Regiments von Mathenow nach Berlin zum Einzug eines fürstlichen Brautpaares.

Preussischer Kriegsminister v. Heeringen: Die Motive, die uns die Mathenower Husaren nach Berlin kommen ließen, habe ich in der Kommission bereits erörtert. Das Regiment stand seit langen Zeiten in engen Beziehungen zu dem hannoverschen Königshause. Der Urogroßvater und Großvater des Prinzen Ernst August waren Chefs dieses Regiments. Da sollte der Moment, wo der Stammbalter dieser Königsfamilie in die preussische Armee eintrat, ganz besonders unterstrichen werden. Zu dem Zweck wurde die Heranziehung des Regiments gewählt, um die Verbindung der Armee mit dem jetzigen Stammbalter wieder aufzunehmen. Das ist der innere politische Zweck gewesen, und der hat wohl seine Berechtigung. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! rechts.) Über die Schanzarbeiten auf der Saalburg liegt ein Bericht der zweiten Pionierinspektion in Mainz vor, darnach handelt es sich um Arbeiten auf einer Walddolde, die sehr wohl belehrender Art sind. Es sind Erdarbeiten, die nicht nur auf einem schwierigen Boden vorgenommen werden, sondern auch Arbeiten mit Flechtwerken, die in der Garnison nur ganz unzulänglich vorgenommen werden könnten. Für die Ausbildung im Festungskrieg sind diese Arbeiten von großem Wert. (Lachen und Juchzen bei den Sozialdemokraten: Und römische!) Das ist nur der Auspruch der Sache gewesen. Die technische Ausbildung ist sehr gefördert worden, ohne daß besondere Kosten erwachsen sind. Diese sind nicht aus staatlichen, sondern aus den Mitteln des Saalburgfonds gedeckt worden. Die Arbeiten dienen wohl der militärischen Ausbildung, wie alle solche Waldbüchungen. Die Pioniere machten solche Arbeiten, namentlich wenn sie auf Kosten anderer gemacht werden, mit großer Freude.

Beim Kapitel Artillerie- und Waffensachen bemängelt Abg. Büchner (Soz.) die Lohnsätze in den Militärwerkstätten. Auch die Gefinnungsrichterei müsse aufhören.

Generalleutnant Wandel: Die Schilderungen des Redners treffen nicht zu. Die Lohnverhältnisse sind wesentlich günstiger. Aber die Gründung der Pensionstafel haben wir eine Denkschrift vorgelegt, von der das weitere abhängig sein muß. Der Unterstützungsfonds ist weiter ausgebaut worden. Eine einheitliche Arbeitsordnung für sämtliche Betriebe wird demnächst aufgestellt. — Weiterberatung Dienstag 2 Uhr pünktlich. Schluß 4 1/2 Uhr.

Berlin, 21. April. Die Budgetkommission des Reichstags erledigte heute, wie schon kurz gemeldet, den Rest der fortwährenden Ausgaben des Heeresstats nach kurzer Debatte bis auf die Frage, ob die Kommandanturen in Karlsruhe, Dresden, Darmstadt und Stuttgart aufrecht erhalten werden sollen; deren Streichung war in einer früheren Sitzung beantragt, indes die Beschlußfassung ausgesetzt worden, bis die Bevollmächtigten der Bundesstaaten nähere Informationen zur Klarlegung der staatsrechtlichen Seite eingeholt hätten.

Der bairische Gesandte führte aus, die Stelle des Kommandanten von Karlsruhe sei durch die Konvention gedeckt; er betonte die großen Opfer, die Baden seinerzeit bei Abschluß der Konvention — so die Aufgabe der militärischen Selbständigkeit — gebracht habe. Es sei unbillig und kränkend, wenn die Sicherheit der Konventionen angezweifelt würde. — Der sächsische Militärbevollmächtigte erläuterte die unbedingte Notwendigkeit der Kommandantur Dresden. Die Größe der Garnison — Dresden sei ein Waffenplatz erster Klasse und besitze zahlreiche technische Institute — mache eine unparteiische Spibe für den inneren Dienst notwendig; die umfangreichen Mobilisationsarbeiten allein machten die Stelle des Kommandanten schon erforderlich. — Nach vertraulichen Angaben erläuterte der württembergische Militärbevollmächtigte die Aufgaben der Kommandantur Stuttgart, ebenfalls unter Mitteilung vertraulicher Angaben. Die Erhaltung der Kommandantur sei eine Forderung der Billigkeit. — Ein Zentrumsgesandter beantragte, die genannten Kommandanten als bis zum 30. September 1913 wegfällig zu bezeichnen. Die Bestimmungen der Konvention seien nicht unabänderlich. In Sachsen könne der Feldzeugmeister sehr wohl die Geschäfte der Kommandantur mitbesorgen, da ihm nur zwei Armeekorps unterständen, während in Preußen 19 Armeekorps unter einem Feldzeugmeister ständen. In Württemberg könne ein Generaladjutant die Kommandanturgehäfte übernehmen. — Gegen den letzteren Vorschlag wandte sich der württembergische Militärbevollmächtigte, der es als unbillig bezeichnete, einen Offizier aus dem Gefolge des Königs zum Kommandanten zu bestimmen. — Ein sozialdemokratischer Abgeordneter beantragte, auch die Kommandantur der Festung Königstein zu streichen. — Kriegsminister v. Heeringen betonte, bisher sei vor allen Änderungen in der Organisation usw. zwischen Hessen, Baden und Preußen verhandelt worden. Der Zentrumsantrag stelle die Heeresverwaltung vor einen Zwang; es sei wünschenswert, daß der Reichstag in dieser Hinsicht nur Wünsche ausspreche. Seit 1877 seien 13 Kommandanturen in Wegfall gekommen, ein Zeichen, daß die Heeresverwaltung unnötige Stellen nicht aufrecht erhalte.

Die Streichung der Kommandantur Darmstadt sei nicht möglich, da der Kommandant zugleich Kommandant des Truppenübungsplatzes sei. Auch der Fortfall der Kommandantur Königstein sei nicht gerechtfertigt. Der Kriegsminister schloß mit vertraulichen Angaben. — Nachdem der sächsische Militärbevollmächtigte den Unterschied der Tätigkeit des sächsischen und preussischen Feldzeugmeisters erläutert hatte, trat ein badischer Zentrumsabgeordneter für Erhaltung der Kommandantur in Karlsruhe ein. Daß mit Baden in Verhandlungen eingetreten werde, dagegen sei nichts einzuwenden. — Ein nationalliberaler Abgeordneter begründete eine Resolution, die den Reichskanzler ersucht, in Verhandlungen mit Baden und Hessen zu treten, um angelegte Stellen, welche durch die Militärkonventionen gesichert sind (insbesondere der Kommandanten), Erparnisse zu ermöglichen. Die Aufhebung der Kommandanturen in Dresden und Stuttgart empfehle sich nicht, das hätten die Ausführungen der Militärbevollmächtigten dargetan. — Ähnlich äußerte sich ein konservativer Abgeordneter. Die badische Militärkonvention müsse beachtet werden, wenn nicht die Konsequenzen unabsehbar sein sollten. Er glaube nicht, daß Stellen verlangt würden, die nicht notwendig seien. Ein Mitglied der Fortschrittspartei erwiderte dem Vordränger, wenn man anerkennen wolle, daß alle geforderten Stellen nötig seien, müsse jede Debatte darüber unterbleiben. In Württemberg bestimme selbst in freikonserватiven Kreisen die Meinung, daß man Stellen streichen könne. Deshalb sei von seinen Freunden der Antrag gestellt, folgende Stellen zu streichen: den Gouverneur in Ulm, die Kommandanten in Altona, Karlsruhe, Darmstadt, Glatz und Glogau. Der Kriegsminister führte aus, er sei dazu da, die dienstlichen Gründe der Militärverwaltung offen darzulegen; bei Aufstellung des Etats werde von der Militärverwaltung alles nicht unbedingt Notwendige gestrichen. 1900 sei der Etat bis ins einzelne geprüft, aber fast nichts gestrichen worden, weil eben alles unbedingt notwendig gewesen sei. Für die Forderungen seien in erster Linie militärische Gründe maßgebend, über die der Kriegsminister vertrauliche Angaben machte. Preußen sei Baden usw. gegenüber staatsrechtlich gebunden; die Frage der Abschaffung der zur Erörterung stehenden Stellen könne nur in freier Vereinbarung zwischen Preußen und den in Betracht kommenden Bundesstaaten gelöst werden. — Ein Zentrumsredner gab zu, daß Preußen in diesem Punkte gebunden sei; aber in der württembergischen und in der badischen Militärkonvention seien derartige Stellen nicht vorgesehen; in Baden handle es sich nur um eine Zulage für die Verweigerung der Kommandanturgeschäfte im Nebenamt. — Der Kriegsminister erwiderte, die Verhältnisse in Baden seien in militärischer Hinsicht seit 1869 erheblich andere geworden. — Der heftigste Gesandte betonte, aus der Fassung der Anlage zur Militärkonvention gehe zweifellos hervor, daß die Stelle eines Kommandanten in Darmstadt jederzeit vorhanden gewesen sei; sie könne daher nicht gestrichen werden. Redner erörterte die rechtlichen und politischen Gründe beim Abschluß der Militärkonvention und betonte, man dürfe jetzt die Frage der Kommandanten nicht anders behandeln wie die der Adjutanten der Fürstlichkeiten, müsse vielmehr denselben Weg gehen.

In der weiteren Debatte, die sich sehr in die Länge zog, beantwortete der sächsische Militärbevollmächtigte nochmals die Stelle des Kommandanten in Dresden, wobei er betonte, daß ein pensionierter Offizier als Kommandant unter Umständen teurer zu stehen komme, und der Kriegsminister wies erneut auf die Tätigkeit des Kommandanten in Darmstadt als Kommandanten des Truppenübungsplatzes hin, die bei Wegfall der Stelle anderweitig geregelt werde müsse. Schließlich wurde der Antrag des Zentrums, die Kommandanturen in Karlsruhe, Dresden, Darmstadt und Stuttgart als bis zum 30. September 1913 wegfallen zu bezeichnen, mit 17 gegen 10 Stimmen angenommen und nach demselben Antrag noch einige Stellenverschiebungen bei den Kommandanturen beschlossen. Damit erledigte sich der mitgeteilte Antrag der Nationalliberalen. — Der fortschrittliche Antrag auf Streichung der Gouverneurstelle in Ulm und der Kommandanturen in Altona, Karlsruhe, Darmstadt, Glatz und Glogau sowie der sozialdemokratische Antrag, betreffend Streichung der Kommandantur Königstein wurden abgelehnt.

Berlin, 21. April. In der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages brachte das Zentrum eine Resolution ein, den Reichskanzler zu ersuchen, zur Prüfung der gesamten Ausrüstungslieferungen für Reichsarmee und Marine eine Kommission zu berufen, zu welcher vom Reichstag zu wählende Mitglieder des Reichstages und Sachverständige zuzuziehen sind. Der Reichskanzler wird ersucht, den Bericht der Kommission den gesetzgebenden Körperschaften zur Befreiung etwaiger Mängel mitzuteilen. — Eine Beratung dieser Resolution fand heute nicht statt.

Berlin, 21. April. In der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages führte Generalleutnant Staab bei Erörterung der Tuchfarbe und Tuchbeschaffung für die Truppen aus: Daß für die neu zu errichtenden und zu verstärkenden Formationen 2 feldgraue und 1 feldblaue Garnitur vorgesehen seien. Eine Einheitsuniform für die Kavallerie in feldgrau sei nicht geplant, da die Unterscheidungszeichen militärisch notwendig seien. Wie der Kriegsminister sodann erklärte, betragen die Mehrausgaben bei sofortiger Ausrüstung in feldgrau über 3 Millionen; da diese Ausrüstung teurer sei als die blaue, würde das Tempo für die Anschaffung nicht so eilig werden. Die Verwaltung beabsichtige nicht, von der feldgrauen Farbe zurückzutreten, die vom 1. April d. J. als Friedensgarnitur eingeführt werde.

Die Balkankrise.

* Die Antwort der verbündeten Balkanstaaten auf die Mediationsvorschläge der Mächte ist deren Vertretern am Montag überreicht worden. Die Antwortnote erklärt u. a.: Von dem aufrichtigen Wunsche befeuert, die angebotene Vermittelung ihrem Ziele zuzuführen, erklären die verbündeten Staaten, indem sie die Großmächte neuerlich bitten, den Grundsatz der Kriegsentzückung zuzulassen, daß sie diese Vermittelung annehmen, indem sie sich vorher vorbehalten, im Verlaufe der Verhandlungen mit den Großmächten diejenigen Fragen zu erörtern, die sich auf die Inseln und die endgültige Festsetzung der Grenze Thraziens und des gesamten Albanien beziehen.

Wie das Neuterrische Bureau erfährt, hat die griechische Regierung die Mächte benachrichtigt, daß sie bereit ist, die Neutralisierung des ganzen Küstengebiets zuzulassen, das jetzt von den Griechen besetzt ist und sich von Korfu bis zur Gramalabucht erstreckt, wo die für Albanien vorgesehene Grenze hindurchgehen soll. Die griechische Regierung schlägt vor, daß die von ihr für die Bevölkerung des von den Griechen besetzten Gebiets beantragte Volksabstimmung unter der Aufsicht von Delegierten stattfinden solle, die die Mächte zu ernennen hätten. Die griechische Regierung erinnert daran, daß in dem Vertrage,

der die Abtretung der Ionischen Inseln vorsieht, bestimmt sei, daß Korfu neutrales Gebiet bleiben solle und daß auf Verlangen Österreich-Ungarns die auf der Insel Bido gegenüber Korfu errichteten Forts geschleift werden seien. Infolgedessen könne Korfu niemals als Flottenbasis dienen, wie Italien es befürchte. Bekanntlich befindet sich auf Korfu kein einziges modernes Fort. Die griechische Regierung mache auch noch geltend, daß Frankreich die Inseln in der Meerenge, obgleich sie besetzt seien, nicht als Drohung auffasse und daß auch Italien niemals in den letzten 50 Jahren den Besitz Korfus durch Griechenland als eine Drohung betrachtet habe. Die griechische Regierung hoffe, daß die Mächte und die Verbündeten, die Frage der Grenzen Südbanien und diejenige der Agäischen Inseln von neuem prüfen werden.

Wien, 21. April. Die Beschiebung von Skutari durch die Montenegriner dauert, wie von unrichtigster Seite mitgeteilt wird, fort. Der Sturmangriff auf den Tarabosch wird vorbereitet. Die Zeitungsberichterstattung sind eingeladen worden, dem Angriff beizuwohnen.

Konstantinopel, 21. April. Die Porte hat die von Griechenland angebotenen Bedingungen für die Rückführung der Kriegsgefangenen angenommen. 5000 Kriegsgefangene werden in Mesina an Land gesetzt; Griechenland zieht seine Truppen von Chios zurück.

Sofia, 22. April. Das Blatt „Mir“ hielt den Krieg mit der Türkei für beendet und erklärte, man könne die Unterzeichnung der Friedenspräliminarien und die Demobilisierung der feindlichen Armeen für nahe bevorstehend ansehen.

Belgrad, 21. April. Eine geistige Versammlung serbischer Kaufleute faßte nach kurzer Beratung einstimmig einen Beschluß, welcher den Wunsch nach beschleunigter Durchführung des Boykotts gegen österreichisch-ungarische Waren ausdrückt.

London, 22. April. Die geistige Sitzung der Reichstages hat 2 Stunden gedauert. Die Lage hinsichtlich Montenegro ist unverändert. Der montenegrinische Vertreter in London ist seit Freitag ohne Nachricht aus Cetinje.

Politische Übersicht.

Kaisertage in Homburg v. d. S.

* Der Kaiser, die Kaiserin und Prinzessin Viktoria Luise trafen am Montag um 5 Uhr aus Darmstadt wieder in Homburg v. d. S. ein. Die Herrschaften wurden bei ihrer Abreise von Darmstadt von der Bevölkerung enthusiastisch begrüßt. Zur Abendtafel in Homburg v. d. S. waren geladen: Regierungs- und Forstrat Freiherr von Hammerstein, Hofmeister Freiherr von Löwenstern und Forstmeister Birkenauer.

Der Zwischenfall in Nancy.

* Wie der „Kölnischen Zeitung“ aus Paris gemeldet wird, hat der Generalrat des Departements Metz, dessen Hauptstadt Grenoble ist, auf Anregung seines Vorsitzenden, des Senatspräsidenten Dubost, sich zugunsten einer deutsch-französischen Annäherung, sowie für strenge Abänderung der Ausschreitungen von Nancy ausgesprochen. Es sei übrigens bekannt, daß die Universität Grenoble gegenüber deutschen Studenten sich immer gastfreundlich verhalten habe.

Paris, 21. April. Bei dem jährlichen Wohltätigkeitsfest der Lehrerbereingung hielt Ministerpräsident Barthou eine Rede, in der er u. a. sagte: Diejenigen beurteilen Frankreich falsch und verkennen unser Land, die es, ich weiß nicht welches chauvinistischen Angriffs für fähig hinstellen. Die öffentliche Meinung und die französische Presse sind unter entscheidenden schwierigen Umständen eins darin gewesen, zu zeigen, in welchem Maße sie kaltes Blut und das Gefühl ihrer Würde zu wahren verstehen. Man muß es sehr laut sagen, daß wir, indem wir solche Beispiele geben, zu denen gehören, die von niemand Lektionen zu empfangen haben. (Beifall.) Allzu oft hat ein Chauvinismus, wie man ihn uns zu Unrecht vorwirft, sich jenseits der Grenze gezeigt. Frankreich ist dem Frieden ergeben, aber es will nur einen Frieden unter Wahrung seiner Würde, seiner Interessen und seiner Rechte und nicht unter Aufgabe seiner Erinnerungen, seiner Vergangenheit und seiner zivilisatorischen Mission. Soeben habe ich mit tiefer Bewegung gesehen, wie beim Beginn dieser Veranstaltung die Turner sich vor unserer Fahne verneigten. Es ist niemand hier, der sich nicht verneigt, der sich nicht erhoben und die Tricolore begrüßt hätte, die von ruhmreichen Erinnerungen an die Vergangenheit und strahlenden Hoffnungen für die Zukunft umweht wird.

* Das dänische Königspaar in Schwerin. Bei der Ankunft des Königs und der Königin von Dänemark auf dem festlich geschmückten Bahnhof in Schwerin waren der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg, Herzogin Marie Antoinette zu Mecklenburg, Prinz Heinrich XXXVIII. Keuf j. L. und Prinzessin Heinrich XVIII. Keuf j. L. zum Empfang erschienen. Der König und die Königin wurden auf das herzlichste von dem Großherzog, der das Band zum Elefantorden trug, der Großherzogin und den übrigen Fürstlichkeiten begrüßt. Der König schritt hierauf in Begleitung des Großherzogs unter den Klängen der dänischen Nationalhymne die Front der Ehrenkompanie ab. Die Fürstlichkeiten zogen dann in die festlich geschmückte Stadt ein und begaben sich in das Großherzogliche Schloß.

* Ein glücklich verlaufener Anfall des Prinzen Friedrich Karl von Preußen. Bei dem Reitturnier auf der Rennbahn in Reich in Sachsen stürzte beim großen Jagdrennen Prinz Friedrich Karl von Preußen, Leutnant im ersten Garderegiment zu Fuß, mit seinem Pferd beim

Doppelsprung. Der Prinz stürzte kopfüber, vermochte aber das Pferd unter dem Beifall der Menge am Zügel festzuhalten und konnte, zwar etwas hinkend, aber anscheinend nicht erheblich verletzt, zu Fuß die Bahn verlassen.

* Prinzessin Johann Georg von Sachsen sowie ein großer Teil der Dienerschaft sind von Professor Koch-Berlin einer Schutzimpfung unterzogen worden, weil der kleine Schoßhund der Prinzessin an Tollwut erkrankt war. Das Tier wurde getötet, niemand soll von dem Hunde gebissen worden sein.

* Die Dillinger Hüttenwerke. Zu den Angaben, die am vergangenen Freitag im Reichstag über die Dillinger Hüttenwerke gemacht worden sind, erfährt der Berliner Korrespondent der „Köln. Ztg.“ folgendes: Die Gründung der Dillinger Werke geht auf das Jahr 1685 zurück, also eine Zeit, wo Lothringen zu Frankreich gehörte. Nachkommen der Besitzer aus der französischen Zeit, die später nach Frankreich ausgewandert sind, sind auch heute noch Inhaber einer gewissen Anzahl von Aktien der Gesellschaft. Von der Verwaltung sind indessen längst die erforderlichen Vorkehrungen getroffen worden, um eine Gefährdung der deutschen Interessen auszuschließen, die sich aus dieser Beteiligung ergeben könnte. Französischen Staatsangehörigen ist, auch wenn sie Aktionäre der Gesellschaft sind, das Betreten der Werke verboten. Ebenso werden sie von dem Teil der Beratungen des Aufsichtsrats oder der Gesellschafterversammlungen ausgeschlossen, die auf das Kriegsmaterial Bezug haben. Endlich ist es unrichtig, daß die Verhandlungen in den Versammlungen in französischer Sprache geführt werden.

* Ausland.

Wien, 21. April. Heute vormittag fand unter Teilnahmi beider Ministerpräsidenten eine Besprechung der gemeinsamen Minister über die laufenden Angelegenheiten statt. Im Anschluß daran verläutet nach einer Witterung, daß die Reservisten an der Südbanien-Grenze erst dann entlassen werden sollen, wenn die Serben Durazzo geräumt haben.

Paris, 21. April. Der frühere Kriegsminister Millerand veröffentlicht in der Zeitschrift „Lectures pour Tous“ einen Artikel über die dreijährige Dienstzeit, in dem es heißt: Besonders geschätzte Leute erklären, daß man den dreijährigen Dienst weder für die Kavallerie allein noch für die gesamte Armee einführen könne, wenn auch nur die geringsten Dispositionen zugestanden würden, denn das französische Volk sei von einer solchen Gleichgültigkeit befallen, daß es nicht das gleiche Recht für alle in sich sieht, nicht erörtert werden könne. Möge also lieber Frankreich, als der Grundriß der unantastbaren Gleichheit zugrunde gehen! Das heißt, dieses vom gesunden Menschenverstand erfüllte Land beleidigen, wenn man ihm so gefährlichen Insinuationen unterwirft. Solche Leute, die so sprechen, sind die Schmeichler, aber nicht die Denker des Volkes. Es handelt sich darum, die für die nationale Verteidigung nötigen und hinreichenden Maßnahmen zu ergreifen. Alles, was unerlässlich ist, aber nur das Unerlässliche! Der schlimmste Fehler wäre es, dem Bedürfnis des Augenblicks nur mit einer Kundgebung ohne nachhaltige Wirkung entsprechen zu wollen.

Paris, 21. April. Der Kriegsminister erklärte einem Berichterstatter des „Temps“, er habe die zuständige Kommission beauftragt, unverzüglich weitere Versuche mit einem neuen Gewehrgeschloß, der sogenannten Derguesse-Kugel, vorzunehmen, welche die Wäher für das Lebelgewehr verwendete D-Kugel ersetzen soll. Die Derguesse-Kugel besitzt den Vorteil, daß sie den Zinnenlauf des Lebelgewehrs nicht so verkratzt wie die D-Kugel und außerdem eine weit größere Durchschlagskraft hat. Die Schwierigkeiten, welche sich bisher der Einführung der Derguesse-Kugel entgegenstellten, bemerkte der Kriegsminister, sei die Seltenheit des zu der Kugel verwendeten Metalls und der hohe Preis, doch scheint es teilweise gelungen zu sein, diesen Hindernissen abzuweichen. Die zuständige Kommission werde auf Grund der neuen Versuche die Frage zu lösen haben, ob sich die Kriegsverwaltung für die sehr kostspielige Erhebung des Lebelgewehrs durch ein neues Gewehr oder für die weniger kostspielige Einführung der Derguesse-Kugel entscheiden solle.

Paris, 21. April. Aus Neuchâtel in der Schweiz wird gemeldet: Ein französisches Militärflugzeug, welches von einem französischen Offizier namens Gaubert in Uniform geleitet wurde, landete gestern abend auf der Höhe bei Wavre bei Neuchâtel. Der Militärflieger war gestern früh in J5 (Dep. Ober-Marne) aufgestiegen und nach einer Zwischenlandung in Dijon weiter geflogen, um in Besfort zu landen, verfehlte jedoch den Weg und überflog von Wavre eingeklinkt den Murten, Bielzer, um den Neuchâtel See und ging bei Wavre nieder. Gaubert zerlegte sein Flugzeug und schickte heute morgen mit der Eisenbahn nach Frankreich zurück.

Rom, 21. April. Die „Corriere d'Italia“ schreibt, wollte der Papst sich heute mit kirchlichen Angelegenheiten befassen. Die Kräfte empfahlen ihm jedoch vollkommene Ruhe. In 1-2 Tagen werde der Patient aufstehen können und, wenn alles gut geht, werde er in 10 Tagen als vollkommen geheilt betrachtet werden können. Der Papst empfing auch heute Besuche seiner Anbetenden.

London, 21. April. Im Unterhause fragte Widdemore, ob die wichtigsten Werften, Arsenale und Flottenstützpunkte Englands innerhalb des Aktionsradius der Zepplinluftschiffe, die von der deutschen Küste kommen, lägen, und ob die britischen Flotten, Werften und Arsenale mit Verteidigungsmitteln gegen einen Angriff aus der Luft versehen seien. Der Zivillord der Admiralität, Lambert, beantwortete die erste Frage bejahend, falls die Verhältnisse günstig seien. Er erwiderte auf die zweite, daß man dabei sei, Verteidigungsmaßnahmen gegen einen Angriff aus der Luft zu treffen.

Konstantinopel, 21. April. Die Pariser Nachrichten, nach denen zwischen der Porte und England ein Abkommen über den persischen Golf abgeschlossen worden sei, werden hier als verfrüht betrachtet. Sicheren Informationen zufolge telegraphierte unlängst der türkische Botschafter in London, Tewfik Pascha, daß bis zum Abschluß der gegenwärtig zwischen ihm und Hasi Pascha und dem Londoner Auswärtigen Amt geführten Verhandlungen betreffend der Küste des Mittelmeeres Bafforab und der einschlägigen Fragen der Status quo beibehalten bleibt und daß keine Konzessionen dort erteilt werden dürfen.

Teheran, 21. April. Der belgische Gesandte fordert eine Entschädigung von 125 000 Franken für das neuliche Attentat auf den belgischen Zolldirektor Constant, bei dem der Zolldirektor verletzt und seine Gemahlin getötet wurde.

Washington, 21. April. Während es ziemlich gewiß zu sein scheint, daß Präsident Wilsons Vorschlag einer gemeinsamen Anerkennung der chinesischen Republik die aufrichtigste Unterstützung einiger Großmächte findet, so ist es doch bekannt, daß er keine einmütige Billigung finden kann, seit letzthin eine Macht ihre Zustimmung abgelehnt hat. Wahrscheinlich gründet diese Haltung sich auf einige Zweifel, ob die am 8. April in Peking zusammentretende konstituierende Versammlung imstande sein wird, eine kräftige Regierung zu organisieren, sowie auf das Auftreten rivalisierender Kandidaten für die Präsidentschaft.

New York, 21. April. Der Vizepräsident Marshall erklärte in einer kürzlich gehaltenen Rede, die Handlungsweise reicher Männer habe eine Art großer Unruhe zur Folge gehabt. Er deutete zugleich die Möglichkeit einer Aufhebung der Erbschaftsteuer an, so daß die Reichen vermögen dem Staat zu entgehen würden, falls die Befreiung der enormen Vermögen ihrer Haltung gegenüber der Regierung und der Gesellschaft nicht ändern würden. Nichts als der Wunsch, gedankenlos reiche Männer auf die Gefahren aufmerksam zu machen, veranlasse ihn, anzudeuten, was in New York passieren könne, falls es den Reichen einfallen sollte, gegen den Besitz vorzugehen. Das Erbrecht und das Testamentrecht seien nur vom Staat den Bürgern gewährte Privilegien. Die Ansicht der Majorität des Volkes sei, daß viele Reichenvermögen durch besondere Privilegien, durch Verwässerung des Aktienkapitals, von Unternehmungen, durch Nachschüssen an der Börse, durch Korruption der gesetzgebenden Körperschaften usw. erworben worden seien. Die besonderen Privilegien fänden ihre Wurzel und ihre Kraft in prohibitorischen Schutzgesetzen.

Hankow, 21. April. Der hier eingetroffene britische Dampfer „Zaiou“, der auf dem Heilung (Westlich) verkehrt, berichtet, daß er von Piraten angegriffen worden sei, deren Zahl auf 90-100 geschätzt werde. Die Piraten, die mit Revolvern bewaffnet waren, waren in Songshan als Passagiere für Konsum an Bord gegangen. Bei der Einfahrt in das Delta des Jantonsflusses erhoben sich die Piraten, töteten den chinesischen Steuermann und hielten so das Schiff auf. Sie fesselten den Kapitän, den ersten Offizier und den Ingenieur, töteten einen und verwundeten 4 chinesische Passagiere, plünderten die Kabine einer Missionarin, sowie die Kabine der Schiffsoffiziere und machten sich in einem Boot mit beträchtlicher Beute, darunter 30000 M. in bar, davon, nachdem sie die Missionarin des Schiffes zum größten Teil gerettet hatten.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 22. April.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog hörte im Laufe des Tages die Vorträge der Minister Dr. Freiherr von Bodman und Dr. Böhm, sowie des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb.

Zu den Landtagswahlen.

oc. Mannheim, 21. April. In Mannheim-Stadt (Landtagswahlkreise 58-62) fand die Aufstellung der sozialdemokratischen Kandidaten statt und zwar kandidieren die bisherigen Abgeordneten A. Geiß, Kramer, und Schönb. Neu wurden aufgestellt Aquilator Lohmann im Kreise 3, zurzeit vertreten durch Abg. Vogel (Fortf.) und Arbeitersekretär Böttger im Kreise 4, bisher vertreten durch Abg. König (natl.).

Heidelberg, 19. April. Unsere städtischen Sammlungen werden in nächster Zeit eine höchst erwünschte Bereicherung dadurch erfahren, daß in ihnen ein von Anselm Feuerbach 1867 gemaltes Originalbildnis seiner Mutter, der Frau Henriette Feuerbach, welche in den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts hier gewohnt hat und damals Vorsitzende der Abteilung III des Frauenvereins gewesen ist, Aufnahme finden wird. Dieses schöne Bild, ein Hauptwerk Feuerbachs, hat sich seitdem im Besitz des hiesigen Frauenvereins befunden und soll infolge dankenswerter Entgegenkommens dieses Vereins jetzt in das Eigentum der Stadt übergehen, welcher die Mittel für dessen Ankauf ein auswärtig wohnender treuer Sohn und Gönner unserer Stadt, der zunächst nicht genannt sein will, in hochherziger Weise geschenkt hat. Es ist ein wichtiges Ereignis für unsere Sammlungen, daß dort nunmehr ein „Feuerbach“ seinen Einzug hält.

Baden-Dos, 21. April. Das Militärflugschiff „S. 4“ ist nach Abschluß seiner Geschwindigkeitprüfung heute vormittag 10 Uhr wieder glatt vor der hiesigen Luftschiffhalle gelandet.

Maul- und Klauenseuche.

Nachweisung über den Stand der Maul- und Klauenseuche in Süddeutschland (Baden, Bayern, Elsaß-Lothringen, Hessen, Hohenzollern und Württemberg) am 15. April 1913.

Baden: Seuchenfrei.
Bayern. Regierungsbezirk Oberbayern. Amtsbezirke: Erding 1 Gemeinde, 1 Gehöft; Landsberg 1, 1; München 1, 3; Wolfratshausen 1, 1. — Der Regierungsbezirk Niederbayern, Pfalz, Oberpfalz und Oberfranken sind seuchenfrei. — Regierungsbezirk Mittelfranken. Amtsbezirke: Ansbach 1, 2; Hffenheim 2, 5. — Regierungsbezirk Unterfranken. Amtsbezirke: Aschaffenburg 1, 4; Stahfurt 1, 1. Königsboden 2, 1. — Regierungsbezirk Schwaben. Amtsbezirke: Aempen 1, 1; Mindelheim 1, 1; Neuburg a. D. 1, 2; Neu-Ulm 1, 1; Sonthofen 3, 3.
Elsaß-Lothringen: Seuchenfrei.
Hessen: Seuchenfrei.
Hohenzollern: Seuchenfrei.
Württemberg. Neckarreis und Schwarzwaldkreis: Seuchenfrei. — Jagstkreis. Oberämter: Hall 1 Gemeinde, 1 Gehöft; Heidenheim 1, 1; Cringen 1, 1. — Donaukreis. Oberämter: Biberach 1, 1; Kirchheim 1, 1.

Aus der Residenz.

Großherzogliches Hoftheater. Das amüsante Lustspielchen „Sufarenfieber“ von Kadelburg und Richard Stouffred hat auch gestern wieder seine alte Anziehungskraft ausgeübt und dank der flotten Darstellung lebhaften Beifall gefunden. Besondere Auszeichnung verdienen die Herren Dapper als Fobrilischer Rippes, Herr Herz als schneidiger Sufaren-Oberst, Herr Fleck als Leutnant von Rehrberg und Herr Eugen Metz, der uns als Ordnungsmann Kellermann ein kabinettisches komischer Darstellungskunst bot. Von den Damen seien erwähnt Fräulein Alwine Müller, die das Kommerzien-

ratstochterlein Nofe Lambrecht ganz allerliebste verkörperte, und Fräulein Koorman als Marianne von Rahrenholz. Die Regie des Herrn Kienischer hatte für ein frisches Tempo der Aufführung gesorgt, und so widelte sich das Stück zur Zufriedenheit des Publikums hübsch und munter ab.

Wohltätigkeitskonzert. Das am Mittwoch im großen Festhallaal stattfindende Konzert zugunsten der Hinterbliebenen der mit dem Torpedoboot „S. 178“ untergegangenen Zeltaute dürfte seinem Programm nach ein musikalisches Ereignis unserer Stadt werden. Frau Lauer-Kottlar wird den 23. Psalm von Liszt, Herr Kammerfänger von Gorkom und Fräulein Hildegard Baumann verschiedene Lieder singen. Den Schluß des Konzertes bildet der „Deutsche Meerbann“, eine Kantate für Männerchor, Solo und Orchester. Den instrumentalen Teil (Meisterfingervorspiel), Begleitung der Arien und der Kantate hat die hiesige Grenadierkapelle übernommen. Der Verkauf der Karten, Programme und Legie liegt in den Händen der Musikalienhandlung Frick Müller, Kaiserstraße, Ecke Waldstraße.

Große Kunstausstellung Karlsruhe 1915. Wie bereits mitgeteilt, wird bei der Feier des 200jährigen Jubiläums der Stadt Karlsruhe die bildende Kunst durch eine unter dem Protektorat des Großherzogs stehende besondere Ausstellung in einem eigenen Gebäude vertreten sein. Als Ehrenpräsidenten sind Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Böhm und Galeriedirektor Professor Dr. Hans Thoma ernannt worden. Für die Leitung der Ausstellungsarbeiten ist ein Hauptauschuh zusammengestellt.

Meischpreis. Die städtische Schlachthofdirektion teilt mit, daß infolge erheblichen Rückgangs der Schweinepreise im Inland innerhalb der letzten Tage der Bezug von ausländischem Schweinefleisch eingeleitet wurde und daß sich die Meischpreisung bereit erklärt habe, vorerst folgende Preisermäßigungen eintreten zu lassen: Schweinefleisch im allgemeinen 92 Pf. (statt bisher 96 Pf.), Schweinefleisch mit Schwarte wie gewachsen 80 Pf. (statt bisher 84 Pf.), Solecus ohne Verlage 1.05 M. (statt bisher 1.10 M.), Schiner und Speck 90 Pf. (statt bisher 96 Pf.) für das Pfund, für Pötelfleisch und Schinken bleiben vorerst die bisherigen Preise bestehen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Landung deutscher Fliegeroffiziere in Frankreich.

Rauch, 22. April. Ein von zwei deutschen Offizieren besetzter Doppeldecker ist heute morgen 7 Uhr 45 Min. nördlich von Arracourt gelandet. Der Führer des Flugzeuges, Hauptmann von Dewall, der Leiter des Flugübungsplatzes Darmstadt, erklärte, er sei in Darmstadt zum Flug nach Metz aufgefliegen und habe wegen Benzinmangels landen müssen, wobei er geglaubt habe, über deutschem Gebiet sich zu befinden.

Paris, 22. April. Der deutsche Votschafter hat in der Angelegenheit der Landung der deutschen Fliegeroffiziere unverzüglich die erforderlichen Schritte unternommen. Das Dorf Arracourt liegt ungefähr drei Kilometer von der deutschen Grenze entfernt.

Guten Vernehmen nach werden Herr von Dewall und sein Begleiter voraussichtlich heute noch ermächtigt werden, die Rückreise anzutreten.

Paris, 22. April. Zur Landung der beiden deutschen Militärflieger bei Arracourt veröffentlicht die Agence Havas folgende Note: Die Zivil- und Militärbehörden erkennen übereinstimmend als Grund der Landung höhere Gewalt an.

Homburg v. d. S., 22. April. Der Kaiser frühstückte heute mit Gefolge beim Landrat Dr. Ritter von Marx.

Homburg v. d. S., 22. April. Der Kaiser hörte heute vormittag die Vorträge des Vertreters des auswärtigen Amtes, Gefandten von Treutler, und des Chefs des Militärkabinetts, Generaladjutanten General der Infanterie Freiherr von Lynder.

Berlin, 22. April. Die Budgetkommission des Reichstages nahm die gestern eingebrachte Resolution des Zentrums: Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichszugler zu ersuchen, zur Prüfung der gesamten Rüstungslieferungen für das Reichsheer und die Marine eine Kommission zu berufen, zu der vom Reichstag zu wählende Mitglieder des Reichstages und Sachverständige zuzuziehen sind — mit allen gegen die Stimmen der Fortschrittlichen Volkspartei an. — Ein von den Sozialdemokraten gestellter Ergänzungsantrag, der Kommission auch das Recht der Vernehmung unter Zeugeneid zu übertragen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Berlin, 22. April. Die 12. Kommission des Reichstages (Konkurrenzkauf) nahm heute eine Resolution Trimborn-Waldstein an, in der eine Gesetzesvorlage gefordert wird, durch die das Gebiet des Wettbewerbsverbots für diejenigen Angestellten und Arbeiter geregelt wird, auf welche das vorliegende Gesetz keine Anwendung findet.

Brüssel, 21. April. Nach den bis jetzt aus den Industriezentren vorliegenden Nachrichten scheint die Streiklage noch unverändert zu sein.

Rom, 22. April. Der Papst hat die Nacht ruhig verbracht; er ist ständig fieberfrei. Die Besserung dauert an.

Verschiedenes.

Berlin, 22. April. Der Besitzer des Mitte Februar unschädlich gemachten tollwütigen Hundes, der Zigarrenhändler Paris, ist gestern an Tollwut erkrankt. Die Schutzimpfung ist bei ihm anscheinend zu spät vorgenommen worden.

Kiel, 21. April. Die Strafkammer verhandelte gegen den früher in Kiel, zuletzt in Röllin tätig gewesenen Regierungsassessor Lewicki wegen Verpressung und Betruges, begangen an einem hiesigen Fabrikanten. Lewicki ließ sich, als er den Polizeipräsidenten von Kiel im Vorjahr vertrat, von einem Fabrikanten, gegen den die Untersuchung wegen Spionageverdachts schwebte, 141 000 Mark ausgeben, indem er angab, diese als Schmiergelber benutzen zu wollen. Lewicki, der 80000

Karl Schulden hatte, verbrauchte das Geld für sich. Das Gericht verurteilte ihn in mehrstündiger Verhandlung zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Bei der Verhandlung wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Cuxhaven, 21. April. Ein holländischer Fischdampfer aus Jaruiden, der unter Norderech fischte, wurde von dem Torpedoboot S. 72 aufgebracht, beschlagnahmt und nach Cuxhaven verbracht.

Rom, 20. April. Das Militärflugschiff S. 5 ist heute früh 5 Uhr 40 von Bracciano bei Rom abgefahren und ohne Zwischenlandung 2 Uhr 55 nachmittags in Boscanatico bei Verona glücklich niedergegangen. Das Luftschiff hat eine Strecke von 470 Kilometer mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von 50 Kilometer in der Stunde zurückgelegt.

London, 18. April. Zwei Wahlweiber hielten auf dem zur Erinnerung an den großen Brand errichteten Monument eine riesige Frauenwahlrechtsfahne. Sie hatten vorher die Tür zum Aufstiegssturm verbarrikadiert. Die Behörde ließ die Tür erbrechen und die Weiber herunterholen. Als sie am Fuße des Monuments erschienen, machte die Menge den Versuch, die Wahlweiber zu lynchen.

Bei einem großen Orchesterkonzert des Wiener Akademischen Verbandes für Literatur und Musik, wobei auch Arnold Schönberg, ein Vorkämpfer der neuesten „Musikrichtung“ dirigierte, kam es zu so großen Demonstrationen, daß das Konzert vorzeitig abgebrochen werden mußte.

Großherzogliches Hoftheater.

Mittwoch, 23. April. Abt. A. 55. Ab. Vorst. „Die beiden Automaten“, komische Operette in 1 Akt von Alfred Lorenz. — „Die Liebesgeige“, ungarisches Ballettdiptychone in 1 Akt von Joseph Bayer. — „Ganni weint — Ganni lacht“, Operette in 1 Akt von Offenbach. Anfang halb 8 Uhr, Ende gegen 10 Uhr. (4.50 M.)

Familiennachrichten.

Geburt. Ein Knabe. P.: Thilo Pfeiffer von Weuß, Hauptmann und Kompagniechef.

Eheaufgebote. Franz Günter von Bonndorf, Hauptlehrer in Baden, mit Anna Ott von hier. — Friedrich Schullheiß von hier, Schlosser hier, mit Verla Eisele von Achem. — Johann Allgeier von Ettlingen, Kaufmann hier, mit Paula Fränkle von hier. — Willy Groß von Lamroda, Schlosser hier, mit Hedwig Müller von Großromsdorf. — Karl Bippes von hier, Zimmermann hier, mit Hermine Gündert von hier. — Wilhelm Graf von Dos, Installateur hier, mit Margarete Baum-busch von Heidelberg. — Emil Obereder von Friedrichstal, Bahnarbeiter hier, mit Anna Gab von hier. — Hermann Erbacher von hier, Eisendreher hier, mit Johanna Börtner von Roden.

Eheschließungen. Albert Krutter von hier, Desinfektor hier, mit Elisabetha Orth von Gleisweiler. — Gustav Nupp von Langenscheidt, Schlosser hier, mit Elise Werner von Würzburg. — Friedrich Deutsch von Freiburg, Fabrikarbeiter hier, mit Anna Preis von Oberheim. — August Hofmann von Würzburg, Fabrikarbeiter hier, mit Pauline Hölzer von hier. — Emil Weimershaus von Köln, Hofmusiker hier, mit Antonia Bül Witwe von Bruchsal. — Karl Würke von Mellingen, Fuhrmann hier, mit Pauline Fies Witwe von Bradenheim. — Wilhelm Weibel von Schönau, Baufacharbeiter hier, mit Katharina Häflicher von Reiblen. — Otto Gödler von hier, Schlosser hier, mit Emma Schmidt von hier. — Albert Schöffler von hier, Kaufmann hier, mit Elise Heltmannperger von hier. — Joseph Barth von Forst, Zimmermann hier, mit Anna Schmann von hier. — Adam Reff von Aspach, Fabrikarbeiter hier, mit Luise Martini von Mühlhausen.

Todesfälle. Artur Wilhelm Fischer, Student, ledig. — Ida Maier, gewerbelos, ledig. — Elise Mübe, gewerbelos, ledig. — Wilhelm Wäflle, Schriftfeger, ledig. — Frida, W.: Georg Wirth, Hauptlehrer. — Theodor Pfeiffer, Blechschmied, Ehemann. — Frida, W.: Georg Etler, Weidenwäcker. — Sophie Dietrich, Ehefrau.

Weiterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrometeorologie vom 22. April 1913.

Die gestern im Westen und Nordwesten der britischen Inseln gelegene Depression ist, ohne sich bei uns geltend gemacht zu haben, abgezogen. Der hohe Druck, der noch den größten Teil des Festlandes bedeckt, hat seinen Kern nach den dänischen Inseln verlegt. Flache Minima liegen über Westrußland und über Frankreich, eine tiefe Depression ist bei Island erschienen. Im größten Teil Deutschlands ist das Wetter bei steigenden Temperaturen heiter, doch ist zu befürchten, daß sich das westliche Teilminimum geltend macht; es ist deshalb ziemlich heiteres und warmes Wetter mit lokalen Gewittern zu erwarten.

Weiternachrichten aus dem Süden vom 22. April, früh:

Lugano bedeckt 13 Grad, Biarritz bedeckt 12 Grad, Perpignan Regen 13 Grad, Triest wolkenlos 13 Grad, Florenz wolkenlos 13 Grad, Rom Nebel 11 Grad, Cagliari wolkenlos 14 Grad, Brindisi heiter 15 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

April	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. Feucht. in mm	Feuchtg. leit in Proj.	Wind	Himmel
21. Nachts 9 ^h II.	751.6	11.4	6.1	60	NO	heiter
22. Morgs. 7 ^h II.	752.7	9.3	6.4	74	"	"
22. Mittags. 2 ^h II.	752.2	18.8	6.0	37	"	"

Höchste Temperatur am 21. April: 16.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 5.2.

Niederschlagsmenge, gemessen am 22. April, 7^h früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 22. April, früh: Schusterinsel 2.20 m, gefallen 15 cm; Rehl 3.35 m, gestiegen 25 cm; Maxau 4.84 m, gestiegen 35 cm; Mannheim 3.99 m, gestiegen 34 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Wenn Sie Ihr Kind

gesund, munter und geistig frisch sich entwickeln sehen wollen, so geben Sie ihm Dr. Hommel's Haematogen. Warnung! Man verlange ausdrücklich den Namen Dr. Hommel.

